

Wirtschaft und Recht.

Gebühren für Zeitungstelegramme.

Der Verein deutscher Zeitungsverleger schreibt uns:

Nichts hat das deutsche Volk zu Beginn des Krieges so stark und so peinlich überrascht, wie die Erkenntnis von der vollständigen Unzulänglichkeit des deutschen Nachrichtenwesens. Man ist sich einig, daß das künftig anders werden muß. Von sachkundiger Seite ist seitdem mit Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen worden, daß zu solcher Änderung nicht nur der Ausbau unseres Nachrichtengebens und -empfangens nach und vom Auslande gehört, daß hier auch die Frage der Gebühren für die telegraphische und telephonische Übermittlung der Pressenachrichten eine, leider bisher nicht genügend beachtete, bedeutsame Rolle spielt. In klarer Erkennung dieser Bedeutung der Pressetelegrammgebühren haben Frankreich und England lange vor dem Kriege der Presse ermäßigte Sätze für Telegramme und Ferngespräche eingeräumt. Man hatte dort längst den Wesensunterschied erkannt, der zwischen persönlichen Telegrammen, auch solchen rein geschäftlich privatwirtschaftlicher Art auf der einen Seite und den der gesamten Volkswirtschaft und dem politischen Leben der Nation dienenden Pressetelegrammen auf der andern Seite besteht. Hier liegt ein nationales und staatliches Interesse offen zutage. Und es ist nur recht und billig, daß deshalb die Gesamtheit auch an der Beschaffung dieser Telegramme ihren Anteil mitträgt durch Einräumung billigerer Beförderungsbedingungen. Wir zahlen ja heute mit hunderten von Millionen und in vielfachem Betrage nach, was an Gebühren für Pressetelegramme bisher erspart wurde. Wie anders hat das Ausland da gedacht und gehandelt! Frankreich hat noch im Herbst 1913 ein Abkommen mit Belgien getroffen, wonach Pressetelegramme zum halben Preise befördert werden sollten. Soweit sie es nicht schon war, wurde die belgische Presse dadurch in erhöhtem Maße dem Pariser Einfluß erschlossen. Ähnliche Vereinbarungen waren von Frankreich mit Großbritannien, Österreich, Holland und den Vereinigten Staaten getroffen. Wir haben als Volk erfahren, was das bedeutet. Heute haben wir nun die Möglichkeit, bei der Änderung der Post- und Telegraphengebühren den alten Mangel zu beseitigen. Das deutsche Volk wird nicht begreifen, wenn die erste sich bietende Gelegenheit, die bessernde Hand an unsern Zeitungsnachrichtendienst zu legen, nicht nur nicht benutzt, sondern der Presse, die schon wirtschaftlich überaus geschwächt aus dem Kriege hervorgehen wird, noch erhöhte Telegrammgebühren auferlegt würden. Die technische Durchführbarkeit besonderer Presseraten sind durch den Vorgang des Auslands erwiesen. Eine Erhöhung der Gebühren aber müßte bei unsern schon wirtschaftlich nicht gerade günstig gestellten politischen Zeitungen zu einer weiteren Beschränkung des Nachrichtendienstes führen, während allgemeine nationale Interessen erheischen, den Nachrichtenstoff der deutschen Zeitungen umfangreicher und ausgiebiger zu gestalten. Gewiß, wir brauchen Geld; nur hat doch dieser Krieg den überzeugenden und schmerzhaften Beweis erbracht, wie kurzsichtig und letzten Endes unwirtschaftlich ein Volk handelt, das an

seiner Presse sparen will. Man sollte die Gebühren für Pressetelegramme und für Ferngespräche der Presse ermäßigen, statt sie zu erhöhen.